

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
30. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
13.11.2007

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 13.11.2007

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

- 1.** Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
- 2.** Berichte über die Ausführung von Beschlüssen
 - 2.1.** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 02.05.2007 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2.** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 15.05.2007 aus öffentlicher Sitzung
- 3.** Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2008
- 4.** Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2008
- 5.** Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2008
- 6.** Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Abfallentsorgung" für das Jahr 2008
- 7.** 12. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung
- 8.** 5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg
- 9.** Durchführung von Karnevalsveranstaltungen in einem Festzelt auf dem Rathausplatz;
hier: Antrag der Spiertz GbR / Biergarten
- 10.** Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

- 11. Änderung des Stellenplanes
- 12. Berufung von Vertretern der ev. und kath. Kirche in den Schul- Sport- und Kulturausschuss
- 13. Antrag des Stadtverordneten Offermanns nach § 5 GeschO vom 04.10.2007 betr. Einsatz der Geschwindigkeitsmessenanlage
- 14. Antrag der UWG-Fraktion nach § 5 GeschO vom 22.10.2007 betr. Einrichtung eines "Lokalen Bündnisses für Familien"
- 15. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 15.1. Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 16.10.2007 betr. Parkplätze und Grünfläche am Schlehenplatz
- 15.2. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses betr. Brückenschlag Zweibrücken
- 16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 17. Einwohnerfragestunde
Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

- Mitteilung des Bürgermeisters
- 18. Berichte über die Ausführung von Beschlüssen
- 18.1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 02.05.2007 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 18.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 15.05.2007 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 18.3. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.05.2007 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 19. Personalangelegenheit
- 19.1. Ernennung eines stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter
- 20. Vertragsangelegenheiten
- 20.1. Austritt der LEG NRW GmbH aus der Carolus Magnus Centrum für Umwelttechnologie Übach-Palenberg GmbH
- 21. Erweiterungen zur Tagesordnung

- 21.1.** Antrag des Stadtverordneten Offermanns nach § 5 GeschO vom 30.10.2007 betr. Herausgabe des Amtsblattes der Stadt Übach-Palenberg
- 22.** Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Sven Bildhauer	SPD
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Manfred J. Offermanns	FDP
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Gäste

Herr Helmut Heuer, Architekturbüro Heuer-Faust, Aachen	(TOP 22; 20:15 -20:30 Uhr)
Herr Edgar Schiewe, Ambulante Häusliche Krankenpflege, Geilenkirchen	(TOP 22; 20:15 -20:30 Uhr)

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Stadtverordneter **Gudduschat** meldete sich zur Geschäftsordnung und erkundigte sich danach, wer ein Schreiben einer Privatperson bezüglich der Herausgabe des Amtsblattes auf die Sitzplätze der Ratsmitglieder verteilt habe. Weiterhin erkundigte er sich danach, ob die Verwaltung hiervon Kenntnis habe.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er von einem solchen Schreiben nichts wisse und bot den Stadtverordneten an dieses Schreiben einzusammeln und einzuziehen. Es sei nicht Gegenstand der Einladung und auch keine Tischvorlage der Verwaltung. Über den Inhalt habe er ebenfalls keine Kenntnis. Er gehe davon aus, dass vor Beginn der Sitzung in dem bereits geöffneten Ratssaal ein Besucher dieses Schreiben auf die Sitzplätze verteilt habe.

Auf ein Einsammeln der Schreiben wurde verzichtet.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies darauf hin, dass bereits der Haupt- und Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung empfohlen habe die Tagesordnungspunkte

- 6. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung für das Jahr 2008;
 - 7. 12. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung und
 - 11. Änderung des Stellenplanes
- zur Beratung und Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss und Rat im Dezember zu verweisen.

Weiterhin seien den Ratsmitgliedern mit fristgemäßer Erweiterung der Tagesordnung die Punkte

- 15.1 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 16.10.2007 betr. Parkplätze und Grünfläche am Schlehenplatz;
 - 15.2 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses betr. Brückenschlag Zweibrücken sowie
 - 21.1 Antrag des Stadtverordneten Offermanns nach § 5 GeschO vom 30.10.2007 betr. Herausgabe des Amtsblattes der Stadt Übach-Palenberg,
- fristgerecht zugestellt worden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, ebenfalls am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung stellen zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Rates der Stadt Übach-Palenberg vom 18.09.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Berichte über die Ausführung von Beschlüssen

2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 02.05.2007 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg vom 02.05.2007 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 15.05.2007 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführungen der Beschlüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg vom 15.05.2007 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2008

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2008 – betreffend die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2008

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2008 - betreffend die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"- wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2008

Beschluss:

Die Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2008 - betreffend die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung"- wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Gebührensätze werden gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Abfallentsorgung" für das Jahr 2008

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Dezember vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 12. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird auf die kommende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Dezember vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt folgende Satzung zur

5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg vom 04.05.1998

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW, Seite 666 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.10.2007 (GV NRW, Seite 380 ff) hat der Rat der Stadt Übach-Palenberg am 13. November 2007 mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder des Rates die folgende 5. Änderung der Hauptsatzung vom 04.05.1998 beschlossen:

Artikel I

§ 10 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg erhält folgende Fassung:

„Jede Fraktion erhält für ihre Arbeit eine Pauschalvergütung in Höhe von € 15 je Monat für jeden der ihr angehörenden Stadtverordneten und einen Sockelbetrag von € 37,50 je Monat und Fraktion.

Jede Gruppe erhält für ihre Arbeit eine Pauschalvergütung in Höhe von € 10 je Monat für jeden der ihr angehörenden Stadtverordneten und einen Sockelbetrag von € 25 je Monat und Gruppe.

Einer/m Stadtverordneten, die/der keiner Fraktion oder Gruppe angehört, wird eine finanzielle Zuwendung in Höhe von monatlich € 22,50 gezahlt.“

Artikel II

Die Änderung der Hauptsatzung tritt rückwirkend zum 17.10.2007 in Kraft.

Abweichend davon tritt § 10 Absatz 4 Satz 1 rückwirkend zum 01.09.2007 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

9 Durchführung von Karnevalsveranstaltungen in einem Festzelt auf dem Rathausplatz;

hier: Antrag der Spiertz GbR / Biergarten

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion in Bezug auf die Durchführung von Karnevalsveranstaltungen für eine Regelung ausschließlich für das Jahr 2008 ausspreche. Er habe bereits mit Herrn Spiertz diesen Vorschlag besprochen und er habe sein Einverständnis bekundet. Man habe die Interessen von Herrn Spiertz gegen die schützwürdigen Interessen der Anlieger abgewogen und denke, dass man im Ergebnis eine akzeptable Lösung gefunden habe. Sogar ein weiteres Problem habe man in Zusammenarbeit mit Herrn Spiertz lösen können. Etliche Anlieger beschwerten sich, dass bei großen Festivitäten auf dem Rathausplatz eine zunehmende Verschmutzung ihrer Eingangsbereiche auftreten würde. Herr Spiertz habe zugesagt, dass ein Sicherheitsdienst nicht nur im Zelt, sondern auch im Umfeld tätig werden würde.

Stadtverordneter **Weißborn** bat die Verwaltung, dass auch der Außendienst des Ordnungsamtes hier tätig werden möge, um die Belästigungen für die Anwohner so gering wie möglich zu halten.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass sich auch die CDU-Fraktion dem Vorschlag der SPD-Fraktion anschließe. Bedenke man, dass im nächsten Jahr auf dem Rathausplatz sowohl kein Oktoberfest als auch keine Oldie-Night statfinde, könne man sogar von einer Verringerung der Veranstaltungen ausgehen. Er bitte jedoch darum, auf eine ausreichende Anzahl von Toiletten hinzuwirken. Auf ein Angebot von behindertengerechten Toiletten sei ebenfalls Rücksicht zu nehmen. Auch solle darauf geachtet werden, dass die zulässige Lautstärkegrenze eingehalten werde. Den Einsatz des Ordnungsdienstes im Umfeld des Zeltes halte er ebenfalls für sehr begrüßenswert.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sich auch die UWG-Fraktion diesem Vorschlag anschließe, da dieser auch vom Veranstalter, Herrn Spiertz, mitgetragen werde.

Stadtverordneter **Offermanns** plädierte dafür, die Veranstaltungen zum Karneval verstärkt auf die Stadthalle oder die Lohnhalle zu verlegen. Für ihn sei nicht erkennbar, warum diese nicht dort abgehalten würden. In der Presse sei der Eindruck vermittelt worden, er hätte was gegen den Veranstalter, Herrn Spiertz, dem sei jedoch nicht so. Er betrachte den Unternehmergeist und das Engagement des Herrn Spiertz mit großem Respekt. Dennoch halte er die Veranstaltung in einem Zelt auf dem Rathausplatz für falsch. Für ihn sei auch nicht nachvollziehbar, warum man die Veranstaltung nicht - alleine aus Kostengründen - in einer geschlossenen Halle durchführe. Die Miete eines Zeltes sei seiner Meinung nach kaum günstiger.

Er werde sich deshalb diesem Antrag nicht anschließen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Vorschlag der SPD-Fraktion einen tragfähigen Kompromiss erkenne. Insbesondere das Ende der Veranstaltung am Rosenmontag um Mitternacht sei auch vor dem Hinblick des darauffolgenden Arbeitstages zu begrüßen.

Stadtverordneter **Offermanns** erinnerte daran, dass auch in Bezug auf die Zugstrecke des Karnevalsumzuges eine neue Regelung erforderlich sei. Die Auflösung des Zuges, wie in den vergangenen Jahren, sei ja nun nicht mehr möglich. Er bitte darum, dass hierüber auch an verantwortlicher Stelle nachgedacht werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass diese Frage in die Zuständigkeit des Festkomitees der Karnevalsvereine falle und sicherlich von diesem auch geregelt werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt, dass anlässlich der Karnevalsveranstaltungen auf dem Rathausplatz im Jahre 2008 die Nutzung des Festzeltes wie folgt geregelt wird:

Fettdonnerstag, 31.01.2008: Veranstaltung bis Freitag 2.00 Uhr
Samstag, 02.02.2008: Veranstaltung bis Sonntag 2.00 Uhr
Rosenmontag, 04.02.2008: Veranstaltung bis 24.00 Uhr

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

10 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Beschluss:

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Einladung zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Änderung des Stellenplanes

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im Dezember ver-
tagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Berufung von Vertretern der ev. und kath. Kirche in den Schul- Sport- und Kulturausschuss

Beschluss:

Gemäß § 85 SchulG NRW werden in den Schul-, Sport- und Kulturausschuss als ständige Mitglieder mit beratender Stimme berufen:

1. als Vertreter der katholischen Kirche Pfarrer Pater Konrad Boja
2. als Vertreter der evangelischen Kirche Pastor Sebastian Schade

Ihre Mitwirkung bleibt auf Gegenstände des Schulausschusses beschränkt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Antrag des Stadtverordneten Offermanns nach § 5 GeschO vom 04.10.2007 betr. Einsatz der Geschwindigkeitsmessanlage

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„Manfred J. Offermanns, FDP – Stadtrat, Dammstr. 48, 52531 Übach-Palenberg

Bürgermeister
Herrn Paul Schmitz-Kröll
Rathaus

Übach-Palenberg, den 4.10.2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit möchte ich Sie bitten meinen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu setzen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

hiermit beantrage ich, dass unser Geschwindigkeits-Kontrollgerät täglich an einer anderen Stelle in unserer Stadt aufgestellt wird und abends wieder auf den Bauhof

zurückgebracht wird.

Es ist nach meiner Meinung besser unsere Bürgerinnen und Bürger auf den Istzustand der gefahrenen Geschwindigkeit kostenlos hinzuweisen und so zur vorgeschriebenen Geschwindigkeit zu bewegen als Radarmessungen zu machen und den Betroffenen das Geld aus der Tasche zu ziehen, was die amtierende Bundesregierung ja schon zur Genüge tut.

Weitere Erläuterungen werde ich gerne in der Ratssitzung geben.

Mit liberalen Grüßen

gez. Manfred J. Offermanns, FDP-Stadtrat der Stadt Übach-Palenberg“

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass im Gegensatz zu den Geschwindigkeitsmessungen der Polizei es sich hierbei um einen Service handle, der als kostenloser Hinweis zur Anpassung der Geschwindigkeit diene. Insbesondere an Schulen und Kindergärten sei dies eine willkommene Maßnahme. Ob man dieses Gerät täglich an wechselnden Standorten einsetze, könne durchaus noch diskutiert werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde unter der Voraussetzung, dass nicht ein täglicher Wechsel, sondern lediglich der Einsatz nach Bedarf aber so oft wie möglich erfolge. Man bitte dann, dass die Verwaltung hierzu in einem halben Jahr über die gewonnenen Erfahrungen berichte. Weiterhin erklärte er, dass man nicht der Bundesregierung die Schuld dafür geben könne, dass zu schnell gefahren werde. Die Bußgelder, die hierfür erhoben würden, seien seiner Ansicht nach zu Recht teuer.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass der Einsatz des Gerätes vom Rat in der Vergangenheit schon positiv festgestellt worden sei. Er erkundigte sich jedoch danach, wie oft dieses Gerät eingesetzt werde und welche Erfahrungen hiermit gewonnen würden. Insbesondere interessiere ihn, ob eine Statistik zum Einsatz und der gemessenen Geschwindigkeit bestehe und wie hoch die Kosten für das Auf- und Abbauen des Gerätes an einem Standort seien.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass die Geschwindigkeitsmessanlage nach einer Anfrage vom Ordnungsamt durch den Bauhof an der entsprechenden Stelle aufgestellt werde. Wie hoch die entsprechenden Kosten seien, könne er detailliert nicht benennen, allerdings seien Stundenlöhne von 36,00 Euro für den Bauhofmitarbeiter und 15,00 Euro für die Benutzung eines entsprechenden Fahrzeuges zu kalkulieren. Der Aufwand zum Aufstellen und Abbauen betrage ungefähr eineinhalb Stunden. Der Bauhof habe jedoch in der Vergangenheit nicht nur hierfür einen Einsatz gefahren, sondern habe durch Mitnahmeeffekte vielleicht verschiedene Arbeiten an dem entsprechenden Ort kombiniert.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass man sich bewusst sei, durch den häufigen Einsatz des Gerätes den Mitarbeitern zusätzliche Arbeit aufzubürden, die auch mit entsprechenden Kosten verbunden seien. Er plädierte dafür, dass das Gerät nur nach Bedarf, aber dennoch so oft wie möglich und sinnvoll eingesetzt werde.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass auch die UWG-Fraktion dem Antrag in der Form zustimme.

Bürgermeister Schmitz-Kröll fasste zusammen, dass der Antrag gemäß den genannten Vorschlägen angepasst zur Abstimmung gestellt werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt, dass die Geschwindigkeitsmessanlage der Stadt Übach-Palenberg so oft wie möglich und nötig an einer jeweils anderen Stelle in unserer Stadt aufgestellt und abends wieder auf den Bauhof zurückgebracht wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Antrag der UWG-Fraktion nach § 5 GeschO vom 22.10.2007 betr. Einrichtung eines "Lokalen Bündnisses für Familien"

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„UWG-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg

An den Rat der Stadt Übach-Palenberg
Herrn Bürgermeister
Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

22.10.2007

Betr.: Antrag an den Rat der Stadt Übach-Palenberg zu seiner nächsten Sitzung am 13.11.2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellt die UWG-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg folgenden Antrag zur nächsten Ratssitzung am 13.11.2007 nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt die Einrichtung eines „Lokalen Bündnisses für Familien in Übach-Palenberg“

Begründung:

Familien mit Kindern bilden die Grundlage für eine langfristig stabile Entwicklung unserer Gesellschaft. Eine Neuorientierung in der Familienpolitik ist eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes.

Ehe und Familie haben sich über Jahrhunderte des gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels als Urzelle der Gesellschaft bewährt. In Familien suchen und erfahren Menschen Liebe, Geborgenheit, Lebenssinn, gegenseitige Hilfe und Unterstützung.

Ehe und Familie gehören in den Mittelpunkt der Politik. Sie sind natürliche Lebensformen und Grundpfeiler einer freien und solidarischen Gesellschaft. Die Familie genießt verfassungsrechtlichen Schutz.

Kinder sind eine Bereicherung für Familie und Gesellschaft. Kinder bedeuten Zukunft.

Die Familien in Übach-Palenberg haben Anspruch auf umfassende staatliche und gesellschaftliche Hilfen.

Argumente zur Schaffung lokaler Bündnisse für Familien:

- Familien sind Leistungsträger
- Familienfreundlichkeit beginnt vor Ort und bringt den Kommunen und Unternehmen Gewinn
- Verbesserung der Kinderbetreuung
- Verbesserung von familienfreundlichem Wohnumfeld
- Gesundheitliche Förderung und Hilfe unter Einbeziehung aller sozialen Schichten in unserer Stadt Übach-Palenberg

Weitere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Leo Meertens
(Stellvertretender Fraktionsvorsitzender)“

Stadtverordnete **Weinhold** führte aus:

„Die UWG bittet den Rat der Stadt Übach-Palenberg dem vorliegenden Antrag zur Bildung eines Lokalen Bündnisses für Familien auch in Übach-Palenberg zuzustimmen, um die Lage der Familien in unserer Stadt zu verbessern.

Wir brauchen mehr Engagement für Familienfreundlichkeit, um unseren Standort attraktiv zu machen. Laut Familienatlas 2007 – erstellt von der Industrie- und Handelskammer und dem Familienministerium – gehört unser Kreis zur passiven Region, d.h. unsere Rahmenbedingungen für Familien liegen im unteren Drittel der 439 Erhebungen aller Kreise.

Es besteht daher ganz klar Handlungsbedarf.

Auf der anderen Seite ist die UWG nicht bereit mehrere zehntausend Euro für ein familienstatistisches Informationssystem bereit zu stellen. Unser Vorschlag geht dahin, die Verwaltung zu beauftragen, Gespräche zu führen z.B. mit den Kirchengemeinden, Vereinen, freien Wohlfahrtsträgern, Schulen, Kindergärten, Firmen usw. also mit Praktikern, die wissen, wo den Familien der Schuh drückt. Die Ergebnisse müssen in einer Arbeitsgruppe gebündelt, bewertet und Lösungen gefunden werden.

Das heißt, wir müssen das Rad nicht neu erfinden.

Schauen wir auf die Nachbarstadt Herzogenrath. Dort arbeitet die Stadtverwaltung im Bereich Bürgerdienste seit Mai 2007 und hat dafür ein Kompetenzteam innerhalb der Stadtverwaltung gebildet.“

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die von der Stadtverordneten Weinhold vorgetragene Argumentation nicht greife. Das familienstatistische Informationssystem sei lediglich als Ergänzung und mögliche Folge des beschlossenen Familienberichtes zu sehen.

Man sehe insbesondere den Familienbericht nicht in Gegensatz zu dem lokalen Bündnis für Familie. Dieses sei übrigens als Initiative von der damaligen SPD-Familienministerin Renate Schmidt ins Leben gerufen worden und sei auch an verschiedenen Orten im Lande realisiert. Die SPD-Fraktion werde diesem Vorschlag deshalb auch gerne zustimmen, bitte jedoch darum, dass dafür Sorge getragen werde, dass diese Sache nicht so enden möge, wie der allseits bekannte Stadtmarketingprozess.

Man betrachte gerade die Familien als wichtigen Bestandteil für das Wohl der Gesellschaft und sehe eine Investition in die Familie sehr positiv. Es sei deshalb kein Mehr an Wirtschaftsförderung, sondern eher ein Mehr an Familienförderung vorzunehmen.

Stadtverordneter **Weinen** entgegnete, dass wohl kaum mehr für Wirtschaftsförderung als für die sozialen Einrichtungen der Stadt ausgegeben würde. Hierbei dürfe man gerade auch die Schulen nicht vergessen.

Auch die CDU-Fraktion werde dem vorliegenden Antrag zustimmen. In Bezug auf das weitere Vorgehen zur Erstellung eines Berichtes erklärte er, dass im Vorfeld erst einmal sämtliche Erkenntnisse, Berichte und Statistiken zusammengetragen werden sollten und dann erst weitere konkretere Maßnahmen angedacht werden.

In Bezug auf die lokalen Bündnisse für Familien sehe er es so, dass insbesondere die Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen, die sich in diesem Bereich einsetzen, an einen Tisch gehören, wo entsprechende Maßnahmen dann koordiniert und abgestimmt werden könnten.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass diese Initiative nicht nur etwas mit Geld zu tun habe, sondern auch auf andere Weise Hilfen geben könnte. Es dürfe nicht sein, dass man lediglich das Problem vor dem Ziel betrachte, sondern man müsse das Ziel sehen und die Probleme lösen wollen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte sich ebenfalls mit dem Antrag einverstanden und erläuterte, dass es hierbei um ein bürgerschaftliches Engagement gehe, das es zu koordinieren gelte. Er habe mit der Stadt Herzogenrath gesprochen, die schon hierbei Erfahrungen gemacht habe.

In Bezug auf den Familienbericht führte er aus, dass es dabei um etwas anderes gehe. Es werde vielmehr ein externer Blick auf die Stadt geworfen, während das lokale Bündnis sich intern mit Problemstellungen befasse. Er schlage vor, dass sämtliche bisher beantragten Konzepte in einem Gesamtpaket vorgestellt und dann koordiniert umgesetzt werden.

Stadtverordneter **Meertens** schlug vor, dass der Bürgermeister die Schirmherrschaft über das lokale Bündnis übernehmen solle. Dies sei ein wichtiges Signal zur Unterstreichung der Ernsthaftigkeit der Initiative.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass dies für ihn gar keine Frage sei. Er werde sich selbstverständlich in diesem Bereich sehr eng einbringen.

Stadtverordneter **Offermanns** stellte erfreut fest, dass jetzt auch die UWG-Fraktion die sozialen Belange entdeckt habe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt die Einrichtung eines lokalen Bündnisses für Familien in Übach-Palenberg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15 Erweiterungen zur Tagesordnung

15.1 Antrag der SPD-Fraktion nach § 5 GeschO vom 16.10.2007 betr. Parkplätze und Grünfläche am Schlehenplatz

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„SPD-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg

An den
Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
Herr Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

16.10.2007

Parkplätze und Grünfläche Schlehenplatz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates folgenden Antrag:

Am Rande des Schlehenplatzes im Stadtteil Boscheln wird ein weiterer Parkstreifen angelegt. Die dort vorhandene Grünfläche wird durch eine ergänzende Bepflanzung weiter aufgewertet. Die Planung wird dem zuständigen Ausschuss vor Durchführung vorgestellt.

Begründung:

Nach erfolgter Ortsbegehung mit den Anliegern dieses Wohngebietes konnten wir uns davon überzeugen, dass es im gesamten Wohngebiet an Parkplätzen fehlt. Die räumliche Enge sowie die Tatsache, dass es in mittlerweile jeder Familie zwei oder mehr Autos gibt, sind die Gründe dafür. Am Schlehenplatz lassen sich problemlos weitere Parkplätze einrichten, ohne das positive Erscheinungsbild dieses Platzes großartig zu beeinträchtigen. Da diese Grünfläche auch als Spielfläche besonders von den kleineren Kindern benutzt wird und sie sich als Nachbarschaftstreffpunkt geradezu anbietet, soll dieser Platz ein angenehmeres Erscheinungsbild bekommen. Ein Baum mit Sitzgelegenheit als zentraler Punkt sowie eine niedrige Hecke als Einfassung dieser Grünfläche wären eine große Bereicherung.

gez. Heiner Weißborn
Fraktionsvorsitzender

gez. Joachim Fröhlich
Stadtverordneter“

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er dem Antrag und seiner Begründung nichts weiter hinzuzufügen habe.

Beschluss:

Am Rande des Schlehenplatzes im Stadtteil Boscheln wird ein weiterer Parkstreifen angelegt. Die dort vorhandene Grünfläche wird durch eine ergänzende Bepflanzung weiter aufgewertet. Die Planung wird dem zuständigen Ausschuss vor Durchführung vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15.2 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses betr. Brückenschlag Zweibrücken

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung einen Dringlichkeitsbeschluss gefasst habe, um rechtzeitig einen Förderantrag über die erhöhten Gesamtkosten des Projektes stellen zu können. Dieser müsse nunmehr genehmigt werden.

Beschluss:

**Der Rat der Stadt Übach-Palenberg genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.11.2007:
Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der Planfortschreibung und der damit dargestellten förderfähigen Gesamtkosten in Höhe von 784.000 €, einen Förderantrag bei der Bezirksregierung zu stellen.**

Abstimmungsergebnis:

**26 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

16 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass den Stadtverordneten vor der Sitzung ein Vorschlag für den Sitzungskalender im Jahre 2008 vorgelegt wurde. Die darin aufgeführten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und Rates mögen bitte in den Fraktionen abgeklärt werden. Er bitte darum, dass bis Ende November hierzu eventuelle Änderungswünsche an ihn herangetragen werden, damit der Sitzungskalender rechtzeitig festgelegt und bekannt gegeben werden könne. Weiterhin sei den Stadtverordneten auch eine Textfassung zu der neuen Gemeindeord-

nung zugeleitet worden, die mit Wirkung vom 17.10.2007 in Kraft getreten sei.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass z.Zt. der Planfeststellungsbeschluss zur B 57n öffentlich ausgelegt werde. In diesem Zusammenhang müsse er leider mitteilen, dass im Bereich der David-Hansemann-Straße /L225 kein Kreisverkehr gebaut werde. Von Seiten der Bezirksregierung sehe man diese Verkehrslage nicht als Unfallbrennpunkt an. Er werde sicherlich versuchen weitere Möglichkeiten auszuschöpfen, insbesondere aus dem Landesbetrieb Straßenbau NRW in Mönchengladbach. Jedoch bestehe auch hierbei wenig Hoffnung.

Beigeordneter **Schlüter** führte weiter aus, dass im Nachgang zur gemeinsamen Sitzung mit dem Rat der Gemeinde Landgraaf er folgendes zur geplanten Ortsumgehung Scherpenseel berichten könne: Die L 42 n werde als Maßnahme im Straßenausbauprogramm des Landes NRW lediglich in Stufe 2 eingeordnet. Dies bedeute, dass das gemeinsame mit den niederländischen Nachbarn zu realisierende Straßenvorhaben vom Landesbetrieb StraßenNRW nicht mit hoher Priorität verfolgt werden müsse.

Man habe daraufhin im Düsseldorfer Verkehrsministerium Gespräche geführt. Es konnte geklärt werden, dass die Baumaßnahme bis zur Linienbestimmung weiter geplant werden könne. Dieser Umstand habe auch die erfreuliche Nebenwirkung, dass die Stadt Übach-Palenberg den Betrag von 34.000 Euro, den diese seinerzeit für die Erstellung einer Umweltverträglichkeitsstudie vorfinanziert habe, nunmehr erstattet bekomme. Große Hoffnung setze man auch auf die Fortschreibung der Verkehrsprognose durch die Gemeinde Landgraaf. Diese gebe Aufschluss darüber, wie sich das Verkehrsaufkommen geändert habe. Sollte sich dieses nachweislich geändert haben und ein erhöhter Handlungsbedarf angezeigt sein, könne die Baumaßnahme in Stufe 1 des Straßenausbauprogramms aufrücken.

17 Einwohnerfragestunde

Herr Peter **Sluybers**, Carolus-Magnus-Straße, erkundigte sich danach, warum der Antrag des Stadtverordneten Offermanns zur Herausgabe des Amtsblattes in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass der Antrag ein bestehendes Vertragsverhältnis in Bezug auf die Herausgabe des Amtsblattes betreffe. Aus diesem Grunde habe man die nichtöffentliche Behandlung ansetzen müssen. Es gebe sicherlich einige Aspekte zum Thema Amtsblatt, die man auch öffentlich diskutieren könne. Der gestellte Antrag sei jedoch nichtöffentlich zu behandeln.

Anfragen

Anfrage der UWG-Fraktion

Stadtverordnete **Weinhold** erkundigte sich danach, ob sich das Schild, welches auf die nunmehr überfällige Renovierung des Bahnhofgeländes hinweise, im Eigentum der Stadt befinde.

Beigeordneter **Schlüter** bestätigte dies.

Stadtverordnete **Weinhold** bat darum, dieses entfernen zu lassen, da es offensichtlich nicht mehr zutreffe. Die Renovierungsarbeiten am Bahngelände seien trotz Zusage der Bahn bisher nicht begonnen worden.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass er es als Unverschämtheit betrachte, einen solchen Bahnhof weiterhin den Kunden zumuten zu wollen. Die Bahn propagiere ihre sauberen und rauchfreien Bahnhöfe und Bahnsteige, lasse aber gerade für Übach-Palenberg nunmehr seit Jahren den Zustand einer Baustelle bestehen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass man in der jetzigen Situation besser das Schild „Wir schämen uns für diesen Bahnhof“ aufstellen könne.

Auch Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass dies wohl wesentlich treffender für diesen Bahnhof und den jetzigen Zustand sei. Sie regte an, u.U. dies auch dem Bahnvorstand mitzuteilen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass das Verhalten der Deutschen Bahn in Bezug auf die Renovierung des Bahnhofes katastrophal sei. Man habe zugesagt, Ende Juli mit den Bauarbeiten definitiv beginnen zu wollen. Dann sei eine Verschiebung des Termins auf Anfang November erfolgt. Nunmehr habe man Mitte November und es tue sich immer noch nichts. Ob eine Änderung des Schildes den gewünschten Effekt bringe, halte er für fraglich.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass das Schild damals ein hohes Aufsehen erregt habe. Es habe auch in anderen Kommunen viele Nachahmer gegeben, die sich dieses Mittels bedienten, um auf den Zustand ihrer Bahnhöfe hinzuweisen. Er bezweifelte, dass der gewünschte Effekt jetzt noch durch eine Neuaufstellung des Schildes erreicht werden könne.

Anfrage der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass auch seine Frage sich mit dem Bahnhof beschäftige. Er erkundigte sich danach, ob es denn neue Erkenntnis gebe, wann mit den Arbeiten am Bahngelände begonnen werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass ihm hierzu leider keine neuen Erkenntnisse vorlägen.

Stadtverordneter **Krawanja** berichtete darüber, dass Arbeiter am Bahnübergang Rimburg erklärt hätten, dass die neuen Schranken deshalb noch nicht installiert seien, da von einer Partei der Stadt Einwände hiergegen erhoben worden seien.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass dies vollkommener Quatsch sei. Es entstehe der Eindruck, dass bei der Bahn offensichtlich auch intern ein totales Durcheinander herrsche.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.05 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Sitzungspause von 10 Minuten an.

B) Nichtöffentliche Sitzung

...

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20:50 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer